

Dringender Bedarf: 1590 neue Wohnungen jährlich im Kreis Heinsberg

Die SPD im Kreis Heinsberg warnt vor Wohnungsnot: 1590 neue Wohnungen jährlich nötig bis 2028 – Experten fordern sofortige Maßnahmen.

Im Kreis Heinsberg herrscht ein akuter Mangel an Wohnraum, laut einer aktuellen Analyse des Pestel-Instituts, die im Auftrag des Deutschen Baustoff-Fachhandels erstellt wurde. Dieser Bericht offenbarte, dass bis 2028 jährlich 1590 neue Wohnungen erforderlich sind, um die Nachfrage zu decken. Die Situation hat die SPD im Kreis alarmiert und bringt die Dringlichkeit der Wohnraumbeschaffung ins Gespräch.

Die stellvertretende Landrätin Andrea Reh betonte die wiederholten Warnungen der SPD-Kreistagsfraktion: „Wir mussten die letzten Jahre über immer wieder darauf hinweisen, dass der Kreis Heinsberg intensiver in den Wohnungsbau investieren muss.“ Bereits jetzt sind Möglichkeiten in Sicht, eine Baugesellschaft oder -genossenschaft ins Leben zu rufen. Diese könnte entweder selbstständig oder im Rahmen von Kooperationen mit anderen Kommunen handeln, um dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Fehlende Baugenehmigungen und Investoreninteresse

Der Bericht des Pestel-Instituts zeigt auch eine beunruhigende Entwicklung: In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurden im Kreis Heinsberg lediglich 239 Baugenehmigungen für neue Wohnungen erteilt – das ist ein Rückgang um 42 Prozent im

Vergleich zum Vorjahr. Dieser drastische Rückgang erschwert die Situation erheblich, insbesondere in Zeiten, in denen Wohnraum so gefordert ist wie nie zuvor.

Ein zentrales Problem in der Region ist der Anstieg der Baukosten und die damit verbundenen geringen Gewinnmargen für Investoren. Die SPD-Fraktion macht deutlich, dass sozialer Wohnungsbau hier nicht nur notwendig, sondern dringend erforderlich ist, um sicherzustellen, dass Menschen jeden Einkommens ein Leben in einem würdigen Zuhause führen können. Christoph Nießen, der designierte Bundestagskandidat der SPD, fordert mehr qualitative statt nur quantitative Ansätze im Wohnungsbau.

Politischer Widerstand und Handlungsbedarf

Trotz dieser Herausforderungen steht die SPD-Fraktion vor einem großen politischen Widerstand, insbesondere von der CDU und dem Landrat, die gegen die Initiative einer Baugesellschaft sind. Andrea Reh bezeichnet die ablehnende Haltung als „nicht nachvollziehbar“. Sie erneuerte auch die Forderung nach der Errichtung eines Azubi-Wohnheims, um es jungen Menschen zu ermöglichen, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Reh plant, in der nächsten Kreistagssitzung einen Antrag zur Einberufung eines Wohngipfels einzubringen. Ziel ist es, alle relevanten Akteure zusammenzubringen, um gemeinsam Lösungen für die kritischen Wohnungsbaufragen im Kreis Heinsberg zu erarbeiten. Der Drang, die aktuellen Missstände zu beheben, ist stark, doch der Weg dorthin bleibt holprig und bedarf breiter Unterstützung und Zusammenarbeit.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de